

Michael Bergschneider

# Die Rechtfertigung medizinischer Notfallbehandlungen nicht ansprechbarer Patienten

Die Geschäftsführung ohne Auftrag als strafrechtlicher  
Rechtfertigungsgrund und Leitbild?



**Nomos**

**Schriften zum Medizinstrafrecht**

herausgegeben von

Professor Dr. Christian Jäger,

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Professor Dr. Matthias Krüger,

Ludwig-Maximilians-Universität München

Professor Dr. Hans Kudlich,

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Professor Dr. Brian Valerius,

Universität Bayreuth

**Band 15**

Michael Bergschneider

## Die Rechtfertigung medizinischer Notfallbehandlungen nicht ansprechbarer Patienten

Die Geschäftsführung ohne Auftrag als strafrechtlicher  
Rechtfertigungsgrund und Leitbild?



**Nomos**

Gedruckt mit Unterstützung des Förderungsfonds Wissenschaft der VG WORT.

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Bayreuth, Univ., Diss., 2020

ISBN 978-3-8487-8097-6 (Print)

ISBN 978-3-7489-2515-6 (ePDF)



Onlineversion  
Nomos eLibrary

1. Auflage 2021

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

*Meinen Eltern und meiner Großmutter*



## Vorwort

Die vorliegende Abhandlung wurde im Wintersemester 2020/2021 als Dissertation von der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bayreuth angenommen.

Der Grundstein für die Dissertation wurde während meiner Tätigkeit als studentische Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Professor Dr. Lange gelegt. Aus dieser Zeit habe ich die – für manche ungewöhnliche – Freude an der Geschäftsführung ohne Auftrag und an der Wissenschaft mitgenommen. Durch die Kombination mit den Erkenntnissen aus dem (medizin-)strafrechtlichen Schwerpunktbereichsstudium, welches ich bei Herrn Professor Dr. Valerius absolvieren durfte, wurde die Idee für die Abhandlung geboren.

Daher möchte ich mich herzlichst dafür bedanken, dass Herr Professor Dr. Valerius und Herr Professor Dr. Lange auch die Betreuung der interdisziplinären Dissertation übernommen haben. Deren hervorragende Expertise war der Garant für das Gelingen der Abhandlung. Durch konstruktive Anregungen haben sie die Arbeit begleitet und gefördert. Nicht nur dafür möchte ich mich bedanken, sondern auch für die zügige Erstellung der beiden Gutachten.

Im Zusammenhang mit der Dissertation gilt mein besonderer Dank ferner Herrn (Dr. in spe) Jacob Carl, der immer ein offenes Ohr für mich hatte, sowie Frau Renate Kristmann und Frau Helga Linsbauer für das sorgfältige Korrekturlesen. Dem Förderungsfonds Wissenschaft der VG WORT danke ich für die großzügige Gewährung eines Druckkostenzuschusses.

Mein herzlichster Dank gilt schließlich meinen Eltern und meiner Großmutter, denen ich diese Arbeit widme. Ihre uneingeschränkte Unterstützung seit meinen jungen Jahren hat den Weg für diese Abhandlung erst geebnet. Gleiches gilt für meine Freunde, von denen mich viele bereits seit der Grundschule oder dem Gymnasium begleiten. Ohne diese Freundschaften würde das Leben nur halb so viel Spaß machen.

München, Januar 2021

*Michael Bergschneider*





## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
Einführung	25
1. Teil – Tatsächliche und rechtliche Ausgangslage	28
A. Charakteristika der Notfallbehandlung nicht ansprechbarer Patienten	28
I. Medizinische Aspekte	28
II. Schwierigkeiten bei der Ermittlung des Patientenwillens	29
1. Fehlende Ansprechbarkeit	29
2. Probleme mit Patientenverfügungen	30
a) Wirksamkeit und Einschlägigkeit von Patientenverfügungen im Notfall	31
aa) Problem bei Patientenverfügungen auf Basis von Formulierungshilfen	31
bb) Lösungsansatz: Notfallbögen	33
b) Tatsächliche Umsetzungsprobleme	34
aa) Auffindbarkeit	34
bb) Zeitmangel	34
cc) Fehlende (Letzt-)Gewissheit hinsichtlich des Patientenwillens	36
(1) Zeugen-Jehovas-Fälle	36
(2) Suizidfälle	38
c) Zusammenfassung der Probleme mit Patientenverfügungen	40
B. Spannungsverhältnis zwischen Selbstbestimmungsrecht und Lebensschutz	41
I. Strafrechtliche Konfliktlage	41
II. Verfassungsrechtlicher Hintergrund	43
1. Vorrang des Selbstbestimmungsrechts	43
a) Konturierung durch Gesetzgeber und Rechtsprechung	43
b) Das strafrechtliche Schrifttum zum Suizid	46
2. Probleme bei der medizinischen Notfallbehandlung	47
C. Zusammenfassung und Fazit	50

*Inhaltsverzeichnis*

2. Teil – Strafrechtsdogmatische Probleme bei der Rechtfertigung	51
A. Überblick Abgrenzung von mutmaßlicher Einwilligung und § 34 StGB	51
I. Hintergrund der Probleme	53
II. Meinungsstand	54
B. Der rechtfertigende Notstand	56
I. Die medizinische Notfallbehandlung als intrapersonale Interessenkollision	57
II. Rechtfertigungsprinzip und intrapersonale Interessenkollision	60
1. Das utilitaristische Prinzip	61
2. Das Solidaritätsprinzip	63
a) Herleitung	64
b) Keine Einschlägigkeit bei intrapersonalen Interessenkollisionen	66
c) Analoge Anwendung?	67
III. Wahrung des Selbstbestimmungsrechts im Rahmen der Interessenabwägung?	69
1. Die objektive Interessenabwägung	69
2. Die aufgedrängte Notstandshilfe: Subjektivierung der Interessenabwägung?	71
a) Herleitung des Ansatzes und Anwendung bei intrapersonalen Interessenkollisionen	71
b) Probleme bei der dogmatischen Umsetzung	73
c) Dogmatische Folgeprobleme	77
aa) Anbindung an die (mutmaßliche) Einwilligung	77
bb) Ausnahme bei Lebensbetroffenheit?	79
IV. Zusammenfassung	79
C. Die mutmaßliche Einwilligung	81
I. Grundlagen	82
II. Anhaltspunkte für den mutmaßlichen Patientenwillen	83
1. Einschränkung der Erhebungs- und Prüfpflicht	83
2. Überspielen von Anhaltspunkten	85
a) Das subjektiv geprägte Wahrscheinlichkeitsurteil als Problem	85
b) Folgen- und Risikoabwägung als Lösung	86
3. Dogmatische Probleme	89
a) Keine Legitimation durch das Selbstbestimmungsrecht	89
b) Erlaubtes Risiko als Legitimationsgrundlage?	92

c) Legitimation durch Wahl des kleineren Übels / geringeren Risikos?	95
III. Keine Anhaltspunkte für den mutmaßlichen Patientenwillen	95
1. Abstellen auf das medizinisch „Vernünftige“ und Ex-ante- Perspektive	95
2. Bestehende Kritik	97
3. Bewertung	98
a) Zusammenhang der Kritikpunkte	98
b) Sachliche Rechtfertigung der Ex-ante-Betrachtung?	100
aa) Merkmal mit prognostischem Charakter?	100
bb) Erlaubtes Risiko?	101
cc) Das Selbstbestimmungsrecht?	102
dd) Unverträglichkeit der Ex-post-Perspektive mit Mutmaßung als normatives Konstrukt?	104
IV. Zusammenfassung	105
D. Fazit und Konsequenzen für den Fortgang der Arbeit	107
I. Problemkreise der mutmaßlichen Einwilligung	107
II. Blick auf die Geschäftsführung ohne Auftrag?	109
3. Teil – Die Geschäftsführung ohne Auftrag im Zivilrecht	113
A. Anwendungsprobleme der §§ 677 ff. BGB beim medizinischen Notfall	113
I. Grundlagen und Problem der professionellen Notfallrettung	113
II. Rettungsdienst	116
1. Ausschluss (nur) des Aufwendungsersatzanspruchs nach dem BGH	116
a) Hoheitliche Tätigkeit im Rettungsdienst	116
b) Problem des pflichtengebundenen Geschäftsführers	118
2. Ausschluss (auch) des gesetzlichen Schuldverhältnisses?	121
a) Regelmäßig kein Fremdgeschäftsführungswille und keine fehlende Berechtigung	121
b) Ebenso im Rettungsdienst?	123
III. Krankenhaus	126
1. Rahmenbedingungen	127
a) Privatrecht und (öffentlich-rechtliche) Behandlungspflicht	127
b) Abrechnungsverhältnis	129
2. Folgerungen für die medizinische Notfallbehandlung	131
a) Vertragsschluss im medizinischen Notfall?	131

*Inhaltsverzeichnis*

b) Konsequenzen für die Geschäftsführung ohne Auftrag	132
IV. Zusammenfassung	135
B. Die Ermittlung des mutmaßlichen Willens bzw. dessen Unbeachtlichkeit	136
I. Geschäftsübernahme entsprechend dem (mutmaßlichen) Willen und Interesse	137
1. Die konkrete Geschäftsführung bei der medizinischen Versorgung	137
2. Maßstäbe und Kriterien bei der Willensermittlung	139
a) Verhältnis von Interesse und (mutmaßlichem) Willen	139
aa) Grundsätzlich keine Bedeutung im Rahmen der Notfallbehandlung	139
bb) Das streng subjektive Prinzip im Gesetzgebungsverlauf	140
cc) Die Vermutungswirkung	143
b) Beurteilungsmaßstab und –perspektive bei der Ermittlung des (mutmaßlichen) Willens	144
aa) Ex-post-Betrachtung zum Schutz des Geschäftsherrn	144
bb) Damit keine „gutgläubige“ Geschäftsführung ohne Auftrag	146
II. Unbeachtlichkeit des Willens	147
1. Suizidenten	147
2. Minderjähriger Patient	149
a) Wille des Minderjährigen maßgeblich?	150
aa) Grundsätzlich: Einwilligungsfähigkeit entscheidend	150
(1) Trennung von Geschäfts- und Einwilligungsfähigkeit	150
(2) Einwilligungsfähigkeit hinsichtlich der Notfallsituation?	152
bb) Einschränkung durch Co-Konsens und nur eingeschränktes Vetorecht?	154
b) Wille der gesetzlichen Vertreter unbeachtlich?	156
III. Zusammenfassung	159
C. Rechtsfolgen bei Willensübereinstimmung	160
I. Hintergrund: Die Geschäftsführung im Kontext des Delikts- und Amtshaftungsrechts	160

II. Ausschluss der Rechtswidrigkeit?	162
1. Wortlaut und Gesetzgebungsgeschichte	163
2. Systematik der §§ 677 ff. BGB	164
a) Erweiterte und eingeschränkte Haftung	164
b) Verpflichtung zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung	165
3. Sinn und Zweck der Geschäftsführung ohne Auftrag	166
a) Interessenlage: Förderung fremdnützigen Handelns – Schutz	166
b) Belegbarkeit der Funktionsteilung	169
aa) Gesetzesmaterialien	169
bb) Normentheorie	169
III. Fazit und Folgefragen der rechtfertigenden Wirkung	171
1. Rechtfertigende Wirkung	171
2. Nur zwischen Geschäftsherr und Geschäftsführer?	172
D. Rechtsfolgen bei Willensverfehlung	175
I. Anderweitige Rechtfertigung?	176
II. Ausschluss der Haftung für vorsätzliches Verhalten	177
1. Der (unbedeutende) Theorienstreit über den Erlaubnistatbestandsirrtum	177
2. Erlaubnistatbestandsirrtum bei Zweifeln	179
III. Haftung für fahrlässiges Verhalten?	179
1. Der Sorgfaltsmaßstab im medizinischen Notfall	180
a) Kein etablierter Standard	180
aa) Facharztstandard	180
bb) (Strafrechtliche) Literatur	182
b) Allgemeine Kriterien	182
aa) Normative Vorgaben	183
bb) Abwägender Vergleich mit der medizinischen Diagnose	184
(1) Die Diagnose im medizinischen Notfall	185
(a) Anpassung des Sorgfaltsmaßstabs	185
(b) Konsequenzen für den Notfall	186
(2) Die Willensermittlung im medizinischen Notfall	189
(a) Such- und Auswertungspflicht von Patientenverfügungen	189
(b) Die Anwendung etwaiger Patientenverfügungen	192

*Inhaltsverzeichnis*

2. Verletzung der gebotenen Sorgfalt	195
a) Haftungsmaßstab: Privilegierung durch § 680 BGB?	195
b) Vermeidbarkeit bzw. Pflichtwidrigkeitszusammenhang	197
IV. Zusammenfassende Handlungsleitlinien für die Vorgehensweise im Notfall	198
E. Fazit	200
4. Teil – Die Wirkung der Geschäftsführung ohne Auftrag im Strafrecht	202
A. Gleichlauf von Zivil- und Strafrecht?	202
I. Rechtfertigende Wirkung bei Willensübereinstimmung im Strafrecht?	202
1. Gesetzesmaterialien	204
2. Die einheitliche Beurteilung der Rechtswidrigkeit	206
a) Überblick	206
b) Verhältnismäßigkeitsgrundsatz: Die Erforderlichkeit der Strafsanktion	208
aa) Strafsanktion nicht erforderlich bei zivilrechtlicher Rechtmäßigkeit	209
bb) Argumentationsdefizite	210
(1) Sprung zwischen Ebenen der Gesetzgebung und -anwendung	210
(2) Fokussierung auf Sanktion	211
(a) Zivilsanktion nicht zwingend das mildere Mittel	212
(b) Vergleich der Sanktionen (ohnehin) nicht entscheidend	214
c) Das (rechtsstaatliche) Gebot der Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung	216
aa) Verfassungsrechtlich relevante Normenwidersprüche	217
bb) Kollision von Körperverletzungsverbot mit der berechtigten Geschäftsführung ohne Auftrag	219
(1) Kollision von § 823 Abs. 1 BGB mit § 683 S. 1 BGB	220
(2) Kollision von § 223 Abs. 1 StGB mit § 683 S. 1 BGB	221
(a) Das einheitliche Körperverletzungsverbot	222
(b) Abschließende Worte zur Normentheorie	225

3. Zwischenergebnis	227
II. Keine Strafbarkeit trotz Willensverfehlung?	228
1. Der Erlaubnistatbestandsirrtum im Strafrecht	229
2. Erlaubnistatbestandsirrtum bei Zweifel am Vorliegen der rechtfertigenden Umstände?	232
a) Überblick	232
b) Entscheidend: Maßstäbe zum subjektiven Rechtfertigungselement	234
aa) Sichere Kenntnis oder Vertrauen	235
bb) Kritik vor dem Hintergrund der Notfall- bzw. „Zwickmühlenkonstellation“	236
cc) Lösungsansatz: Abwägungsentscheidung	239
(1) Zusammenhang zwischen Abwägung, Handlungsunrecht und Vorstellungsbild	239
(2) Abwägung beim medizinischen Notfall	241
(3) Widerspruch zur kritisierten Dogmatik im Rahmen der mutmaßlichen Einwilligung?	244
c) Zusammenfassung und Konsequenzen für den Erlaubnistatbestandsirrtum	245
3. Verbleibende Fahrlässigkeitsstrafbarkeit und Sorgfaltspflichtverstoß	248
a) Prüfungsfrage und -maßstab	248
b) Abweichender Maßstab im Strafrecht?	249
aa) Das zweistufige Fahrlässigkeitsmodell	249
bb) Die individuelle Fahrlässigkeitslehre	251
c) Exkurs: Was wäre bei einer Haftungsmilderung nach § 680 BGB?	252
4. Zwischenergebnis	255
III. Zwischenergebnis zum Gleichlauf von Zivil- und Strafrecht	256
B. Das Verhältnis des § 683 S. 1 BGB zur mutmaßlichen Einwilligung	257
I. Vorrang der mutmaßlichen Einwilligung im Überschneidungsbereich?	258
1. Geschlossenheit des strafrechtlichen Rechtfertigungssystems	258
2. Kein Denken in Kategorien des Straf- oder Zivilrechts	258

*Inhaltsverzeichnis*

II. Vorrang der Geschäftsführung ohne Auftrag bei Divergenzen?	260
1. Die Perspektivenfrage: ex ante oder ex post bei Rechtfertigung?	261
a) Vermögensrechtlicher Hintergrund des § 683 S. 1 BGB	261
b) Andere Perspektive bei Rechtfertigung?	262
aa) Begründungsdefizite der Ex-ante-Perspektive trotz Begründungslast	262
bb) Hinreichender Schutz und interessengerechte Lösung bei Ex-post-Perspektive	263
(1) Regelmäßig Rechtfertigung	264
(2) Ansonsten Strafflosigkeit bei sorgfältigem Handeln	265
c) Zwischenergebnis	266
aa) Ex-post-Perspektive bei Rechtfertigung sachgerecht	266
bb) Damit zugleich Auflösung des verfassungsrechtlichen Spannungsverhältnisses	268
2. Konsequenzen	269
a) Sperre oder Anpassung der mutmaßlichen Einwilligung?	269
b) Verbleiben noch Unterschiede zur Geschäftsführung ohne Auftrag?	270
III. Zwischenergebnis	273
C. Ergebnis	273
5. Teil – Zusammenfassung der Erkenntnisse und Anwendungsbeispiele	275
A. Die Betrachtung der Geschäftsführung ohne Auftrag	275
I. Hintergrund: Strafrechtsdogmatische Probleme bei der Rechtfertigung	275
II. Die Wirkung der Geschäftsführung ohne Auftrag im Zivil- und Strafrecht	276
1. Die rechtfertigende Wirkung	276
2. Weitgehende Strafflosigkeit der medizinischen Notfallbehandlung	278
a) Regelmäßige Rechtfertigung	278
b) Im Übrigen regelmäßiger Erlaubnistatbestandsirrtum	280
aa) Erlaubnistatbestandsirrtum auch bei Zweifeln am Willen des Patienten	280



bb) Sorgfaltspflichten und Handlungsleitlinien	281
c) Damit interessengerechte Lösung unter Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts	283
III. Leitbild für die mutmaßliche Einwilligung	283
B. Beispielsfälle	285
I. Keine Patientenverfügung oder Notfallbogen	285
II. Vorhandensein von Patientenverfügung oder Notfallbogen	288
1. Bisherige Lösungsansätze und deren Schwächen	288
2. Lösung nach der Geschäftsführung ohne Auftrag im Strafrecht	290
III. Sonderfälle: Zeugen Jehovas und Suizid	293
1. Lösung nach der Geschäftsführung ohne Auftrag im Strafrecht	293
2. Bisherige Lösungsansätze und deren Schwächen	294
Literaturverzeichnis	297



## Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.E.	am Ende
a.F.	alter Fassung
a.M.	am Main
aaO.	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AINS	Fachzeitschrift für Anästhesiologie, Intensivmedizin, Notfallmedizin und Schmerztherapie
allgM.	Allgemeine Meinung
Alt.	Alternative
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
ausf.	ausführlich
AVBayRDG	Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes
Bay-HKaG	Bayerisches Heilberufe-Kammergesetz
BayObLGSt	Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Strafsachen
BayObLGZ	Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Zivilsachen
BayPOG	Gesetz über die Organisation der Bayerischen Polizei
BayRDG	Bayerisches Rettungsdienstgesetz
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter – Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
Bd.	Band
BeckOGK-BGB	Beck-online Großkommentar zum BGB
BeckOK-BGB	Beck'scher Online-Kommentar zum BGB
BeckOK-StGB	Beck'scher Online-Kommentar zum StGB
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt

*Abkürzungsverzeichnis*

BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
Brem KrhG	Bremisches Krankenhausgesetz
BSG	Bundessozialgericht
BSGE	Sammlung der Entscheidungen des Bundessozialgerichts
bspw.	beispielsweise
BT	Besonderer Teil
BT-Drs.	Drucksache des Deutschen Bundestages
BtPrax	Die Betreuungsrechtliche Praxis
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
d.h.	das heißt
ders./dies.	derselbe/dieselbe(n)
diesbzgl.	diesbezüglich
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
E	Entwurf
ErbR	Zeitschrift für die gesamte erbrechtliche Praxis
Erg.-Lfg.	Ergänzungslieferung
etc.	et cetera
f./ff.	folgende
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
Fn.	Fußnote
Fortg.	Fortgeführt
FPR	Zeitschrift Familie Partnerschaft Recht
FS	Festschrift
GA	Goldammer's Archiv für Strafrecht
gem.	gemäß
GerS	Der Gerichtssaal
GesR	Zeitschrift für Gesundheitsrecht

ggf.	gegebenenfalls
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GKV	Gesetzliche Krankenversicherung
GoA	Geschäftsführung ohne Auftrag
GS	Gedächtnisschrift
GuP	Gesundheit und Pflege
Hdb.	Handbuch
Hess KHG	Hessisches Krankenhausgesetz
Hinw.	Hinweis
HK-AKM	Heidelberger Kommentar: Arztrecht Krankenhausrecht Medizinrecht
HK-BGB	Handkommentar zum BGB
HK-GS	Handkommentar Gesamtes Strafrecht
HKK	Historisch-kritischer Kommentar zum BGB
h.M.	herrschende Meinung
HRDG	Hessisches Rettungsdienstgesetz
Hrsg.	Herausgeber
HSG	Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung
i.E.	im Ergebnis
insb.	insbesondere
iRd.	im Rahmen des
iVm.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter
jew.	jeweils
Jher. Jb.	Jherings Jahrbücher
JR	Juristische Rundschau
Jura	Juristische Ausbildung
jurisPK-BGB	juris Praxiskommentar zum BGB
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht
KHGG NW	Krankenhausgestaltungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen
krit.	Kritisch
Lfg.	Lieferung
LG	Landgericht

*Abkürzungsverzeichnis*

lit.	Buchstabe (lat. littera)
LKG Bbg	Krankenhausgesetz des Landes Brandenburg
LKG Berlin	Landeskrankenhausgesetz Berlin
LKHG BW	Landeskrankenhausgesetz Baden-Württemberg
LK	Leipziger Kommentar zum Strafgesetzbuch
Ls.	Leitsatz
MAH	Münchener Anwaltshandbuch
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MedR	Medizinrecht
medstra	Zeitschrift für Medizinstrafrecht
mit abl. Anm.	mit ablehnender Anmerkung
MittBayNot	Mitteilungen des Bayerischen Notarvereins, der Notarkasse und der Landesnotarkammer Bayern
MK-BGB	Münchener Kommentar zum BGB
MK-StGB	Münchener Kommentar zum StGB
Mot.	Motive der 1. Kommission zu dem Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuches
MV LKHG	Landeskrankenhausgesetz für das Land Mecklenburg-Vorpommern
mwN.	mit weiteren Nachweisen
NdsRpfl	Niedersächsische Rechtspflege
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungs-Report
NK-BGB	Nomos Kommentar zum BGB
NK-StGB	Nomos Kommentar zum StGB
notar	Zeitschrift notar
Nr.	Nummer
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NStZ-RR	NStZ-Rechtsprechungsreport
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht Rechtsprechungs-Report
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht
NZFam	Neue Zeitschrift für Familienrecht
NZM	Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnungsrecht
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht

NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
OLG	Oberlandesgericht
OLGReport	Zivilrechtsprechung der Oberlandesgerichte plus BGH
Prot.	Protokolle der 2. Kommission zu dem Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuches
PWW	Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch von Prütting, Hanns / Wegen, Gerhard / Weinreich, Gerd (Hrsg.)
RDG	Rechtsdepesche für das Gesundheitswesen
Rechtswissenschaft	Zeitschrift für rechtswissenschaftliche Forschung
RG	Reichsgericht
RGRK-BGB	Das Bürgerliche Gesetzbuch mit besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung des Reichsgerichts und des Bundesgerichtshofes (Kommentar)
RGZ	Entscheidungssammlung des Reichsgerichts in Zivilsachen
RhPf LKG	Landeskrankenhausgesetz des Landes Rheinland-Pfalz
Rn.	Randnummer/Randnummern
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Seite
s.	siehe
Saarl KHG	Saarländisches Krankenhausgesetz
SGB V	Sozialgesetzbuch Fünftes Buch
SGB	Sozialgesetzbuch
SK	Systematischer Kommentar zum Strafgesetzbuch
sog.	sogenannt/e/er
SSW	Kommentar zum Strafgesetzbuch von Satzger, Helmut / Schluckebier, Wilhelm / Widmaier, Gunter (Hrsg.)
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
StV	Strafverteidiger
Thür KHG	Thüringer Krankenhausgesetz
u.ä.	und ähnliche
u.a.	und andere
u.U.	unter Umständen
v.	von/vom

*Abkürzungsverzeichnis*

VersR	Versicherungsrecht – Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Schadensrecht
VerwArch	Verwaltungsarchiv – Zeitschrift für Verwaltungslehre, Verwaltungsrecht und Verwaltungspolitik
vgl.	vergleiche
Vor	Vorbemerkung
VuR	Zeitschrift Verbraucher und Recht
(Z)	Zivilrechtliche Gerichtsentscheidung (sofern im strafrechtlichen Kontext zitiert)
z.B.	zum Beispiel
z.T.	zum Teil
zahlr.	zahlreiche/n
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge
Zfs	Zeitschrift für Schadensrecht
ZGS	Zeitschrift für Vertragsgestaltung, Schuld- und Haftungsrecht (früher: Zeitschrift für das Gesamte Schuldrecht)
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
zust.	zustimmend